Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 118 (1992)
Heft: 21

Artikel: Der Bund ist noch lange nicht am Limit
Autor: Etschmayer, Patrik
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-610220

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 26.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Patrik Etschmayer

Der Bund ist noch lange nicht am Limit

Der Bund sitzt, wie in letzter Zeit fast täglich zu lesen ist, in einer tiefen Finanzkrise. Lösungen sind — wenn dabei vitale Bundesinteressen berücksichtigt werden sollen — bisher nicht in Sicht. Das wird sich aber dank einer vom Bundesrat eingesetzten Studiengruppe jetzt ändern.

Vor einigen Monaten wurde vom Bundesrat die «Financial Resources Task Force» (FRTF) gegründet, eine dem Finanzdepartement angegliederte Spezialeinheit, welche die Aufgabe hat, neue Einnahmequellen zu erschliessen.

Die mobile, mit Notebook-Computern ausgerüstete Elite-Einheit setzt sich aus ehemaligen Buchhaltern, Gerichtsvollziehern, Managern und Börsenspekulanten zusammen, allesamt Top-Leute auf ihrem Gebiet. Ihre Aufgabe ist knifflig, glaubte man doch, dass der Bund, was seine finanziellen Reserven anbelangt, so ziemlich am Limit sei. Doch die Task Force scheint da noch einige Möglichkeiten gefunden zu haben.

Wenn wir unseren Informanten im Bundeshaus Glauben schenken können, steht die Veröffentlichung eines Berichts, in dem bereits mannigfache Vorschläge zur Einnahmenerhöhung niedergeschrieben sind, bevor.

Einige Blätter aus diesem als «vertraulich» bezeichneten Bericht liegen uns schon vor und lassen die Fortsetzung einer Bundespolitik erkennen, die eindeutig auf das Fernziel «Privatisierung so weit wie möglich» hinsteuert.

Erträge in Millionenhöhe!

Die FRTF konzentriert sich dabei auf vorhandene Ressourcen, die sich entweder auf ganz neue Art oder zumindest wesentlich effektiver ausnützen lassen.

Zum einen wäre da das Bundeshaus, das momentan sehr unwirtschaftlich genutzt

Steigende F/A-18 Gegnerschaft

wird. «Die Auslastung ist katastrophal», befindet der Bericht, «dabei wäre die Infrastruktur ideal, um ein Kongresszentrum grösseren Ausmasses zu eröffnen; die nötigen Einrichtungen sind vorhanden, und es wären allein hier Erträge in Millionenhöhe zu erwarten.»

Dass die Räumlichkeiten dann nicht mehr für Parlamentsdebatten zur Verfügung stünden, ist klar. Doch auch dies wäre nicht allzu schwerwiegend, stehen doch durch den Wegzug der Eidgenössischen Militärpferdeanstalt (EMPFA) diverse Reithallen zur Verfügung, die ohne weiteres Platz sowohl für die Grosse als auch die Kleine Kammer bieten könnten.

Ähnliches wurde auch bezüglich Kantons- und Stadtparlament festgestellt. Es spreche nichts dagegen, deren Sessionen in Turnhallen abzuhalten, wenn in den Plenarsälen gewinnbringendere Veranstaltungen abgehalten werden könnten.

Doch Gebäudekapazitäten sind nicht das einzige Kapital, das beim Bund ungenutzt bleibt – auch Arbeitskraft liegt in einem Masse brach, das einen jeden Volkswirtschafter erschreckt.

Dabei fällt vor allem das Militär ins Gewicht: Millionen von Arbeitsstunden fallen Jahr für Jahr im Militärdienst an, von denen ein wesentlicher Teil produktiv genutzt werden könnte. Für Gebäudebewachungen und Abschliessaufgaben könnten so zum Beispiel Armeepatrouillen eingesetzt werden. Eine Konkurrenz zur Securitas wäre durchaus denkbar und kommerziell rentabel. Es wäre dies zumindest ein erster Schritt in Richtung einer selbsttragenden Armee.

Die Armee als Holding

Ein wesentlich weiterer Schritt in eine solche Richtung wurde von den USA im Golfkrieg vorgezeigt, als sie sich den Militäreinsatz von der internationalen Staatengemeinschaft finanzieren liessen.

Für die Schweiz würde dies eine Rückbesinnung auf die hiesigen alten Söldnertraditionen, eine Exterritorialisierung der Armee und eine kleine Verfassungsänderung bedeuten; alles Dinge, die man für ein ausgeglichenes Bundesbudget durchaus in Kauf nehmen kann.

Die FRTF weist auch darauf hin, dass eine Armee, die in sogenannten «heissen» Einsatzgebieten Erfahrungen sammeln kann, wesentlich schlagkräftiger ist als eine «Theoretiker-Armee», wie wir sie jetzt haben.

Um die ganze Sache noch einträglicher zu machen, könnte die Armee zu einer Holding, die einzelnen Armeekorps und die Divisionen zu Aktiengesellschaften umfunktioniert werden. Dann wäre gewährleistet, dass wirklich das Äusserste zur Gewinnoptimierung getan wurde.

Ebenso zu privatisieren wären die Steuerämter. Auch wenn man es als Steuerzahler nicht glauben mag, es aber der FRTF abnimmt, so könnten die Steuerämter mit besserer Überzeugungskraft noch wesentlich mehr Geld herausholen.

Positive Bestechung

So steht etwa im Bericht: «Es muss ein Anreiz geschaffen werden, möglichst viele Steuern zahlen zu wollen. Es wäre dies zum Beispiel möglich, indem eine Verlosung ausgeschrieben würde, bei der die Gewinnchancen im Verhältnis zur bezahlten Steuerlast stehen.

Wenn man durch diese Massnahme – einmal angenommen – 700 Mio Franken Steuermehreinnahmen verbuchen könnte, wäre es auch ohne weiteres möglich, 100 Mio Franken als Gewinnsumme auszuschreiben, und man hätte immer noch einen erklecklichen Einnahmenzuwachs – ganz abgesehen von der wesentlichen Anhebung der Steuermoral.

Die Task Force habe auch noch Vorschläge für den sozialen, gesundheitlichen, landwirtschaftlichen sowie verkehrspolitischen Bereich; doch bis jene an die Öffentlichkeit geraten, muss man sich wahrscheinlich noch etwas gedulden oder aber mit Bestechungsofferten an den Bundesrat wenden: Einer der Punkte im FRTF-Papier besagt nämlich, dass Bestechlichkeit zugunsten der Staatskasse durchaus lohnend sein könne, wenn die Bestechungssumme den Langzeitschaden des Bestechungsaktes um mindestens 10 Prozent übersteigt … es darf geboten werden!

Reklame

SPOT

Verständlich

Das Bundesgericht hat entschieden, die Berner Gerichte seien für Werner K. Rey zuständig! Dies findet die *Berner Zeitung* verständlich: «Wer dereinst die Geister rief, wird sie so schnell nicht wieder los.» *kai*

Soll und Haben

Wieder so ein Wundervotum, an dem sich nicht rütteln lässt: Der Staat muss sparen – koste es, was es wolle! *mu*

Italo-Schlenker

Der Nestlé-Verwaltungsratspräsident Helmut Maucher nach seinem Erfolg bei Perrier: «Liebe deine Feinde – aber sei schneller als sie!» *ks*

Paradox

Die Betreiber des neuen Sonnenkraftwerks «Mont Soleil» luden zum «Tag der offenen Tür». Dabei findet das Entscheidende doch draussen statt … *hrs*

Odilo, Hilfio!

Nicht rund zehn, wie bei den Fahrpreisen, sondern satte hundertfünfzig Prozent beträgt der Mehrpreis für Depotgebühren. Die SBB verlangen seit dem 1. Mai für das Einstellen einer Tasche happige fünf anstelle der bisherigen zwei Franken. *sim*

Zeitadeliges

Eine Schweizer Uhrenfabrik hat den Chronometer so klein gekriegt, dass er ans weibliche Handgelenk passt – angepriesen als Chronogräfin. *ea*

Dauer-Narkose?

Im Verwaltungsrat des Regionalspitals Burgdorf BE stehen neunzehn Ärzte dreizehn Verwaltungsräten gegenüber! «Das Verhältnis ist nötig», meinte ein Lokalblatt, «um die Dauer-Narkose der Verwaltungsräte ärztlich zu überwachen.» *k*

Alles Käse

Obschon der Absatz des helvetischen Emmentalerkäses stockt, müssen elf Scheunenberger Bauern seit kurzem ihre Milch zu einem Emmentaler- statt zu einem Raclette-produzenten bringen … *-te*